

Pressemitteilung ABNR

Parteizeitungen missachten Tabakwerbeverbot

Aktionsbündnis Nichtraucher kritisiert erneute Verstöße gegen geltendes Recht

24.09.2009 - Mitte August erst hatte das Oberlandesgericht Hamburg entschieden, dass die Imagewerbung von Tabakfirmen gegen das Tabakwerbeverbot in Printmedien verstößt. Dennoch druckt die Parteipresse weiter Anzeigen der Zigarettenindustrie ab: In der Septemбераusgabe der Zeitschrift „Die Entscheidung“, die von der Jungen Union herausgegeben wird, finden sich Annoncen der Unternehmen Reemtsma und British American Tobacco (BAT). Auch die FDP-Zeitschrift „elde“ enthält in ihrer aktuellen Ausgabe eine Anzeige des BAT-Konzerns. „Die Gesundheitspolitik wird unglaublich, wenn ausgerechnet die Parteizeitungen gegen geltendes Recht verstoßen, um an die Werbegelder der Tabakkonzerne heranzukommen“, so Dr. Uwe Prümel-Philippson, der Sprecher des Aktionsbündnisses Nichtraucher (ABNR).

Obwohl seit Anfang 2007 ein Tabakwerbeverbot in Printmedien gilt, drucken Parteizeitungen wie „Bayernkurier“, „Berliner Republik“, „elde“, „Die Entscheidung“ und „Vorwärts“ regelmäßig Anzeigen aus den Imagekampagnen der Tabakindustrie ab. Das Oberlandesgericht Hamburg hat am 19.08.2009 zwei Klagen der Verbraucherzentrale Bundesverband gegen diese Werbepaxis stattgegeben. Das Gericht hält die Imagewerbung der Tabakfirmen insbesondere dann für rechtswidrig, wenn sie Markennamen enthält.

Aus Sicht der EU-Kommission fällt jede Form der Imagewerbung von Tabakfirmen unter das Tabakwerbeverbot. Das Aktionsbündnis Nichtraucher teilt diese Auffassung. Der Abdruck der Imagekampagnen widerspricht zudem der Framework Convention on Tobacco Control (FCTC) der Weltgesundheitsorganisation. Deutschland hat diese Rahmenkonvention zur Eindämmung des Tabakgebrauchs im Dezember 2004 ratifiziert. Zu Artikel 5.3 dieses Abkommens wird festgestellt, dass auch Aktivitäten, die von der Tabakindustrie als „sozial verantwortlich“ vermarktet werden, letztlich auf die Förderung des Tabakkonsums zielen und daher von der Politik in keiner Weise unterstützt werden sollten.

Zu der neuesten Entwicklung sagt ABNR-Sprecher Dr. Prümel-Philippson: „Die Tabakindustrie wird immer dreister. BAT wirbt in der Parteipresse mittlerweile unverhohlen für den schwedischen Kautabak Snus, obwohl der in der EU verboten ist. Wir werden deshalb in Zukunft verstärkt gegen derartige Gesetzesverstöße vorgehen.“

Das Aktionsbündnis Nichtraucher ist ein Zusammenschluss von zehn großen nicht-staatlichen Gesundheitsorganisationen, die sich die Förderung des Nichtrauchens und den Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens zum Ziel gesetzt haben. [<http://www.aktionsbuendnis-nichtrauchen.de>]

Kontakt: Galina Manthei, ABNR-Geschäftsstelle, Berlin, Tel: 0 30 / 23 45 70 15 und Dr. Prümel-Philippson, ABNR-Geschäftsstelle, Bonn, Tel: 02 28 / 987 27 11.